



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Annexion oder Anschluß der Herzogthümer.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Deutschlands rechnen. In dem Besitz Italiens — das fühlt man auch in Wien sehr gut — kann Preußen Oestreich nicht unterstützen. Wohl aber kann und wird es die Ausbreitung Oestreichs nach Osten hin begünstigen. Daß aber die Sicherheit Oestreichs von dem guten Einvernehmen mit Preußen abhängig geworden, ist eine Thatsache, deren Erkenntniß wenigstens bei einem Theil der österreichischen Staatsmänner allmählig, wenn auch langsam, Eingang zu finden scheint. Ob Oestreich den Ausbruch der italienischen Krise noch auf eine Reihe von Jahren hin wird verschieben können, das ist freilich nicht allein von der Weisheit seiner Staatsmänner, sondern auch von der Günstigkeit des Glückes abhängig. Aber mag die österreichische Politik welche Richtung sie wolle einschlagen, sie wird sich dem Glücke anzuvertrauen haben. Der Unterschied ist nur der: Beharrt Oestreich auf seinen alten Traditionen, so wird es auch die glücklichste Wendung der Dinge fruchtlos und unbenutzt vorübergehen lassen müssen; schlägt es dagegen unbeirrt die Wege ein, welche die Natur der Dinge ihm vorschreibt, so wird es im Stande sein, den günstigen Moment zu ergreifen, ihn festzuhalten und dadurch die Fähigkeit zum Handeln wieder zu gewinnen, die ihm versagt bleibt, so lange es die neuen Formen nur als Hülle und Schmuck für die alten abgelebten Tendenzen ansieht.

3.

Annexion oder Anschluß der Herzogthümer.

Die undeutliche Politik Preußens in Sachen der Herzogthümer hat einen Wirrwarr von Vermuthungen, einen Sturm von Anschuldigungen hervorgerufen, sie hat, was uns wichtiger ist, auch in der liberalen Partei lebhaftere Erörterungen veranlaßt. Ein großer Theil der liberalen Preußen ist für Annexion, ein Theil der liberalen Süddeutschen ruft seine heimischen Regierungen auf zum Schutz gegen die Annexionswünsche der preußischen Regierung. Nirgend fehlt es an aufrichtigen Liberalen, welche sich gradezu als Annexionisten aussprechen und nicht wenige unserer tüchtigsten Männer gehören in diese Zahl, darneben solche, welche zur Zeit keine lebhaftere Betheiligung an unserer Tagespolitik bewährt haben, stille Friedliebende, welche jetzt durch die Ohnmacht der kleineren Staaten und durch die Zerrissenheit Deutschlands bitterlich gekränkt sind. Es lohnt einmal, das Für und Wider solcher Erörterungen kurz zusammenzustellen, wie es sich innerhalb der liberalen Partei, zumal außerhalb Preußens ausdrückt.

Zuerst sprechen die entschiedenen Annexionsmänner, zu denen vor andern liberale Preußen gehören, aber auch einzelne Stimmführer in den Herzogthümern selbst, nicht wenige im übrigen Deutschland bis südlich vom Main:

wir wollen keinen neuen Kleinstaat mit all seiner Schwäche, wir wollen keine neue Fürstenfamilie, wir sind damit reichlich begabt, wir wollen keinen neuen Hof, wir wollen im Volke keinen neuen Particularismus, dies alles würden uns neue Gegner sein, welche wir in der Zukunft zu bekämpfen hätten. Ein Anschluß der Herzogthümer an Preußen würde die Herzogthümer mehr drücken als heben, er würde ihnen Lasten geben ohne die besten entsprechenden Vortheile, er würde eine Art von Vasallenstaat schaffen, ein doppeltes Regiment, dem Conflict der Gewalten niemals fehlen würden, zumal unsere Preußen leider als Befehlende bürokratisch ungeschickt, an unrechter Stelle hochfahrend, bei aller Tüchtigkeit unbequeme Herren sind. Eine Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen dagegen giebt den Schleswig-Holsteinern für größere Lasten auch größeres Selbstgefühl, sie werden Theil eines großen Staatskörpers, ihre gesammte Intelligenz erhält ein weites Gebiet, in dem sie sich zum Wohl Anderer geltend machen kann, ihre Vertreter stellen sich neben die Altpreußen in den Kammern und der Regierung, das Volk erhält Antheil an einem großen politischen Leben. Auch pecuniär wird wahrscheinlich seine Lage günstiger, die gute Seite der preussischen Verwaltung, wohlgeordnete Finanzwirtschaft, vermag auch ihm vielfach zu Hilfe zu kommen. An Stelle der provinziellen Abgeschlossenheit wird ein frisches Gemeingefühl treten, kurze Zeit und die Herzogthümer werden mit Preußen verwachsen sein, Preußen selbst aber wird durch diesen neuen Erwerb gezwungen, energisch auf neuem Wege fortzuschreiten, seine Stellung zu Deutschland, ja zu fremden Mächten wird eine total andere, es muß nach Occupation der Herzogthümer, um sich zu erhalten, große deutsche Politik treiben und die deutsche Frage, deren Lösung wir schmerzvoll und ungeduldig ersehnen, tritt dadurch der Entscheidung näher.

Es sind Liberale, welche so sprechen. Gegen die Gründe dieser Entschiedenheiten haben wir zunächst einen einzigen geltend zu machen. Wir haben kein Recht, über die Zukunft eines deutschen Stammes zu beschließen gegen seinen Willen. Daß das Volk selbst die entscheidende Stimme haben müsse ist ein Fundamentalsatz der liberalen Politik, von dem wir unter keinen Umständen, auch bei der lockendsten Versuchung nicht abgehen dürfen. Wir haben das Recht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein stark betont, so lange dieses Recht der Schutz der Herzogthümer gegen die Herrschaft der Dänen war, wir dürfen dies Recht jetzt nicht als gleichgiltig bei Seite werfen, aber wir dürfen allerdings dem Herzog zumuthen, daß er selbst sein Recht opfere, ebenso wie wir jeder anderen deutschen Dynastie, auch der preussischen zu Gunsten der deutschen Frage Resignation zumuthen. Das ist nach unsern Parteigrundsätzen erlaubt. Aber in keinem Fall dürfen wir dem Volke von Schleswig-Holstein Zwang oder Gewalt anthun lassen, selbst nicht um das zu fördern, was wir für sein bestes Heil halten. In dem Respekt vor dem Volkswillen liegt das letzte Geheimniß unserer Stärke, diese Rücksicht bestimmt und beschränkt auch gebieterisch die Mittel und Wege unserer Politik.

Das geben viele unserer Freunde zu. Aber sie knüpfen ein anderes Argument daran: Wohl, was wir niemals thun dürfen, mögen wir doch unsere Gegner thun lassen, deren politisches Credo ihnen solche Pflicht nicht auflegt. — Ohne Zweifel giebt es in der Politik Conflict, wo eine politische Partei in der Stille erfreut ist, daß ihre Gegner thun, was ihr selbst aus Parteirücksichten durchzusetzen unmöglich ist. Jede Partei kommt zeitweise in die Lage, auch ihre fundamentalen Sätze zu revidiren und zu erkennen, daß wenige davon eine absolute Geltung haben. In Deutschland ist manchen feurigen Geistern die Sehnsucht nach stärkerer Concentration so hoch gesteigert, daß sie auch eine Tyrannis mit Freuden begrüßen würden, welche ihnen die Grundlagen

eines großen Staatslebens zu schaffen vermöchte. In manchen Landschaften empfindet gerade der Liberalste mit bitterem Schmerz, wie unvollständig in der Majorität seiner Mitbürger das politische Bedürfnis nach einem größeren Staatsbau entwickelt ist, und wie wenig Berechtigung dort die Tagesstimmung der Bevölkerung hat, welche über den Kirchthum der Heimath noch nicht hinausreicht. Solcher Erkenntnis liegt die Auffassung nahe, daß auch der Werth des Volkswillens in der Politik weder ein unveränderlicher noch ein höchster Werth sei, daß eine Schwäche und Beschränktheit des Volkswillens zu gleicher Zeit eine Schwäche und Beschränktheit unserer Partei wird und daß wir deshalb allerdings in die Lage kommen können, uns in der Stille über das freuen zu müssen, was fühne Gegner gegen unsere formulirten Parteigrundsätze wagen.

Diese Auffassung vermag sich auf den wirklichen Lauf der Dinge zu stützen. Selten vollzieht sich ein großer politischer Fortschritt nach den Wünschen und Grundsätzen einer Partei, auch die am besten berechnete wird durch unvorhergesehene Thatsachen überrascht, sie muß selbst nahe am Siege ihren Gegnern Concessionen machen. Mehr als einmal ist offenes Unrecht zu gutem Recht geworden, auch die Vereinigung Italiens zu einem Staat ist viel weniger durch die Majorität der Volkswünsche als durch die Stimmung des Kaiser Napoleon bewirkt worden, und der Preis, den die Italiener dafür bezahlten, Savoyen und Nizza, wurde ihnen deshalb nicht weniger schmerzlich, weil die Bevölkerung dieser Landschaften durch die tyrannische Parodie einer Volksabstimmung von ihnen gelöst ward. Sie fühlten tief das Unrecht gegen ihr patriotisches Ideal, welches damals begangen wurde, sie fühlten auch, daß diese Abtretung wie ein schwarzer Schatten auf ihrem jungen Staatsleben liegt, und doch empfinden sie bereits jetzt lebhaft den Segen, zu einem großen politischen Körper vereinigt zu sein. Wenn in Deutschland die gegenwärtige preußische Regierung Muth und Kraft hätte, große Eroberungspolitik zu treiben — die Verhältnisse liegen nicht ungünstig dafür und ein Erfolg erscheint wenigstens nicht unmöglich — so würde ohne Zweifel durch die Resultate des Kampfes nicht nur das gegenwärtige System in Preußen modificirt werden, es würden auch nach wenig Jahren sehr viele der Unzufriedensten völlig bekehrt sein. Dies alles soll hier zugegeben werden. Aber wir meinen, auf die Taktik unserer Partei darf auch diese Annahme keinen Einfluß ausüben.

Zunächst aus einem Grunde der Zweckmäßigkeit. Preußen ist bereits auf dem besten Wege, die deutschen Stämme mit sich zu verbinden. Auf die einzelnen Thatsachen soll kein übergroßer Werth gelegt werden, weder auf den Zollverein noch die Gründung einer Flotte, noch darauf, daß Preußen mit dem Auslande bereits als Vertreter deutscher Interessen Verträge schließt. Thatsache ist aber, daß durch die friedlichen und gesegneten Fortschritte, welche Preußen seit Gründung des Zollvereins gemacht hat, nicht mehr der Weg und das Ziel, nur die Zeit in Frage gestellt sind. Die eine Hälfte Deutschlands heißt Preußen, die andere Hälfte ist in vielen wichtigen Beziehungen bereits von dem Leben dieses Staates so abhängig, wie nur ein Clientelstaat sein kann. Wenn wir das Angenügende solches Fortschritts lebhaft fühlen, vergessen wir leicht, wie groß er in der That war. Dieser Fortschritt aber ist durchaus und nur nach den Grundsätzen des Liberalismus erworben und wir haben durchaus kein Recht zu zweifeln, daß dieser seine siegreiche Gewalt weiter bewahren werde, sobald Preußen die großen Hilfsquellen, welche er eröffnen kann, benützt. Eine jede Regierung in Preußen muß anstehen, mit schnellem Sprunge den betretenen Weg aufzugeben und den einer gewaltsamen Erwerbung gegen Cabinete und Völker zu betreten. Vollends die liberale Partei, als solche, darf ihre Operationen nicht sofort ändern, weil die Chancen für einen festen Ent-

schluß gestiegen sind. Aber die schleswig-holsteinische Frage darf von unserer Partei überhaupt nicht nach Gründen der augenblicklichen Zweckmäßigkeit beurtheilt werden. Weshalb sind wir liberal? Weil unserem Herzen Bedürfnis ist, von dem Menschen groß zu denken. Weshalb betonen wir überall das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Weil wir darin den edelsten Ausdruck der politischen Freiheit finden, welche wir für uns, wie für andere fordern. Ist es redlich und klug hier liberal zu sein, dort octroyiren zu lassen? Heute einen großen Grundsatz mit Emphase zu betonen, morgen denselben Satz aus Utilitätsgründen gleichgiltig fallen zu lassen? Mit welchem Recht maßen wir uns an, besser als die Schleswig-Holsteiner zu verstehen, was ihnen und dem Ganzen frommt? Sie sind es, um deren Zukunft sich zunächst handelt, sie müssen doch die erste Stimme haben, und ihre Entscheidung haben wir doch vor allem zu respectiren. Deshalb dürfen wir als Liberale keineswegs schweigend zusehen, wenn man sie, ohne sie zu fragen oder gar wider ihren Willen zu dem machen wollte, was wir ihnen und uns nützlich halten, zu Preußen.

Wir sind der Meinung, daß die Liberalen in Deutschland dann das Rechte thun, wenn sie die Ueberzeugungen der Majorität in Schleswig-Holstein respectiren, das heißt mit den Forderungen, die sie erheben, nicht weiter gehn als diese; in jedem Falle aber nicht müde werden zu betonen, daß die Frage nur nach dem Willen der Schleswig-Holsteiner erledigt werden dürfe. Was wir für sie und uns wünschen steht erst in zweiter Linie, das Nächste ist, daß ihnen nichts aufgedrungen werden darf, was sie selbst nicht wollen.

Es scheint, daß die preussische Regierung ebenfalls die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen sucht und eine Wandelung der Ueberzeugungen im Lande von der Zeit erwartet. Man argwöhnt, daß sie die Entscheidung der Frage in die Länge zieht, um den Bewohnern der Herzogthümer den Gedanken der Annexion populär zu machen. Es ist möglich, daß dieser Gedanke auch dort einiges Terrain gewinnt, aber es ist ein bedenkliches Spiel, deshalb die Entscheidung der Frage hinauszuziehen, denn jeder Tag kann Veranlassung zu einer neuen Verwicklung bringen, welche die Stellung der Großmächte ändert und die verhältnismäßige Gleichgiltigkeit, mit welcher sie bisher diese Frage betrachtet haben, in lebhaftere Parteinahme verwandelt. Eine der klügsten Operationen des Kaisers Napoleon war, daß er schnell den Frieden von Villafranca schloß und ebenso schnell seine Beute in Sicherheit brachte. Die Preußen haben schon einmal das Versehen gemacht, mit dem Friedensschluß zu säumig zu sein, es war Glück, daß daraus kein wesentlicher Nachtheil erwuchs. Weit gefährlicher ist jetzt das lange Aufschieben der Entscheidung, denn es sichert ihnen keinesfalls den größern Gewinn und setzt sie in Gefahr, auch das noch zu verlieren, was ihnen jetzt so ungenügend dünkt, den Anschluß der Herzogthümer. Schnelle Entscheidung und ein mäßiger Vortheil, und in allem Uebrigen freie Hand, das wäre wohl auch für die Regierung Preußens die beste Politik. Für uns aber, die Liberalen der preussischen Partei, darf in Sachen der Herzogthümer die nächste Forderung gar nicht sein weder die Annexion, noch Anschluß, sondern die Forderung, daß dem schleswig-holsteinischen Volk sein Recht der Mitentscheidung über diese Frage nicht verkürzt werde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.